

Kurzfassung des Buchs

<Israel in Palästina - Wegweiser zur Lösung>

Die globalen Lebensgesetze sind stärker als Religionen und Verheissungen
oder: Vom geächteten zum geachteten Volk und Staat

von **Alfred Rudolf**; Verlag Abraham Melzer, SEMI*edition*, Neu Isenburg 2010; 450 S.
Euro 19.95; ISBN 978-3-9813189-5-1

Teil 1: Die religiösen und politischen **Irrtümer** in der Staatsphilosophie **Israels**
Teil 2: **Den Staat Palästina JETZT ausrufen und gründen.**

Teil 1: Israels Politik in Palästina fusst auf einigen gravierenden Irrtümern, welche einer Lösung des Nahost-Konflikts und dem Frieden im Weg stehen:

1. "**Ein Land ohne Volk** [Palästina] **für ein Volk ohne Land** [Juden]" war und ist ein Mythos. Es ist historisch längst erwiesen, dass die meisten der vorher ansässigen Palästinenser anlässlich der Staatsgründung Israels (1948) vertrieben wurden, und zwar mit militärischer Gewalt. 1947 wohnten in Palästina 1'319'434 Araber, 1949 noch etwa 165'000. Die Flüchtlinge durften nicht mehr zurückkehren. – Es ist längst fällig, dass Israel diese gewaltsame Vertreibung (arabisch: **Nakbah** = Katastrophe) offiziell anerkennt und damit die Würde der Vertriebenen teilweise wieder herstellt.
2. Israel rechtfertigte die schon 1967 begonnene Besiedelung des eroberten Westjordanlands (samt Ost-Jerusalem), der Golan-Höhen und des Gaza-Streifens, obwohl sie dem Völkerrecht widerspricht, stets mit der biblischen Verheissung. Dabei ist es unmöglich und ein theologischer Irrtum, dass der allmächtige **Jahwe** ein **kleinkarierter Rassist** sei, ein Araber-Hasser, der die systematische Vertreibung der Palästinenser aus Palästina nicht nur billige, sondern aktiv anstrebe – genau so wie es ein theologischer Irrtum ist, dass **Allah** ein Juden-Hasser sei, der diesem Volk eine Heimstätte verweigern wolle. Er ist ja derselbe und einzige Gott aller Menschen und Völker.
3. Die andere Begründung für diese Heimstätte, der **Holocaust** (die Tötung von 6,3 Mio. Juden durch Nazi-Deutschland 1939-1945), geht die Palästinenser nichts an. Es sind aber sie, welche den Preis für die Heimstätte zahlen mussten und müssen.
4. Mit der Besiedelung Westjordanis verstösst Israel gegen eines der globalen Lebensgesetze, nämlich das **Stuhl-Gesetz**: "Wer schon irgendwo sitzt, darf auch bleiben". Diese überall anerkannte Regel ist seit 1949 anerkanntes Völkerrecht, auch von Israel ratifiziert: Art. 49/6 der **4. Genfer Konvention** verbietet der Besatzungsmacht die Besiedelung eroberter Gebiete, und die **UNO-Resolution 242** hat Israel schon 1967 völkerrechtlich bindend befohlen, sich aus kriegerisch eroberten Gebieten zurückzuziehen und das Flüchtlingsproblem gerecht zu regeln. – Die Mauer, seit 2003 im Bau, steht auf besetztem Gebiet, was völkerrechtswidrig ist (Den Haag 9.7.04).

5. Auch andere der **globalen Lebensgesetze** werden von Israel andauernd missachtet: Gleichwertigkeit aller Menschen, Selbstbestimmungsrecht der Völker, Konsens-Prinzip, Verursacher-Prinzip, das Gesetz des Ausgleichs und dessen Begrenzung, ausserdem Kant's Kategorischer Imperativ: "Was du nicht willst, dass man dir tu', das füg' auch keinem andern zu". – Es ist ein Irrtum zu meinen, das bleibe folgenlos.
6. Der grundlegende Irrtum Israels besteht darin, dass es sein Existenzrecht aus falschen Prämissen ableitet, während die richtige Prämisse etwa lauten könnte: "Das jüdische Volk hat Anspruch auf einen eigenen Staat, wie jedes andere Volk auch." Diese Prämisse genügt vollauf, sie braucht nicht mit religiösen Stelzen und dem Holocaust gestützt zu werden. Sie bedeutet aber, dass **auch das palästinensische Volk Anspruch auf einen eigenen Staat hat**, zumal es schon vor den jüdischen Einwanderern dort lebte und sich auf das Stuhl-Gesetz berufen kann.
7. Ein Irrtum ist es auch, die Besiedelung Ost-Jerusalems und Westjordanien mit über 2'000 Jahre alten Mauerresten und Tonscherben zu rechtfertigen, welche dort gefunden wurden. Wenn **archäologische Funde** in der laizistischen Moderne überhaupt einen Gebietsanspruch begründen, dann müsste Israel den Palästinensern konsequenterweise den 1948 eroberten Küstenstreifen von Haifa über Jaffa/Tel Aviv bis Ashkelon, wo nichts Derartiges gefunden wurde, zum Tausch gegen Judäa, Samaria und Galiläa anbieten, und dann könnten die Nachfahren der Philister, eben die 1948 vertriebenen Palästinenser, sich wieder im Land ihrer Vorfahren niederlassen ... Im Ernst: Niemand mehr macht Israel das Gebiet streitig, welches bis 1967 sein Staatsgebiet war; aber Israel macht den Palästinensern das von diesen beanspruchte Staatsgebiet streitig, und das seit über 40 Jahren – mit den genannten beiden Begründungen, die nicht überzeugen und das Völkerrecht nicht aushebeln können.
8. Ein Irrtum über elementare Menschenrechte verleitet Israel dazu, dass Palästinenser ab 13.4.10 nur noch mit **Bewilligung** der Besatzungsbehörde in ihrer Heimat Palästina leben dürfen, sonst droht sofortige Ausweisung oder bis 7 Jahre Haft.

Die Korrektur dieser Irrtümer und die Beachtung des Völkerrechts werden von der Internationalen Gemeinschaft seit Jahren eingefordert, ohne Erfolg:

- Die UNO hat 1973 in der Resolution 338 diejenige von 1967 (242) bekräftigt.
- Am 21.12.73 fordern die Grossmächte sowie Ägypten und Jordanien in Genf "Land gegen Frieden", Israel lehnt ab.
- Die UNO billigt am 22.11.74 das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat.
- Im Herbst 1988 verkündet die PLO in Algier die Gründung des Staates Palästina und bietet "Frieden gegen Land" an, Israel lehnt ab.
- Am 31.10.91 bieten die Grossmächte und die arabischen Staaten in Madrid erneut "Land gegen Frieden" an, Israel lehnt ab.
- Im Zuge des sog. Oslo-Friedensprozesses anerkennen sich Israel und die PLO gegenseitig (9./10.9.93), Israel gesteht der PLO aber nur eine Teil-Autonomie zu (Oslo 2, 29.9.95), welche bis heute andauert. Demnach ist Palästina ein zerstückelter Flickenteppich, ungeeignet für ein funktionierendes Staatsgebilde. Während des Oslo-Prozesses wird der Siedlungsbau verdoppelt.
- Das Nahost-Quartett (USA, EU, UNO und Russland) veröffentlicht am 30.4.03 die "Roadmap": Schaffung eines palästinensischen Staates mit Unterstützung durch Israel. Die Roadmap wird am 27.11.07 bekräftigt an der Friedenskonferenz in Annapolis. - Israel verwirklicht keinen der dort vorgegebenen Schritte.
- Mit systematischem Abriss arabischer Häuser in Ost-Jerusalem und Vertreibung ihrer Bewohner eignet sich Israel diesen Stadtteil an, den es schon 1980

völkerrechtswidrig annektiert hat, und vergrößert ihn systematisch mit Siedlungen für Israeli.

- Israel akzeptiert nicht einmal einen von den USA und der EU geforderten Siedlungsstopp als Voraussetzung für eine sinnvolle Fortsetzung des "Friedensprozesses". Von diesem spüren die unter Besatzung lebenden Palästinenser ohnehin nichts, ihr Leben ist alltäglich erlittene Demütigung und Rechtlosigkeit, mit zahllosen ungesühnten Morden. Wenn sie sich dagegen gewehrt haben und wehren, nimmt ihnen Israel diesen an sich legitimen Widerstand als "Terror" übel, und der Westen unterstützt diese Doppelmoral.

Nach solchem Verhalten Israels, über die Jahrzehnte betrachtet, ist der Schluss zwingend, dass dieser Staat keine faire Lösung des Nahost-Konflikts will, auch wenn Netanjahu noch am 5.7.09 die Formel "**Zwei Staaten für zwei Völker**" verkündete. Schaut man auf seine Taten und seine offiziellen Pläne, nicht auf seine Worte, so zeigt sich deutlich die Absicht, den Palästinensern auch noch den Grossteil der verbleibenden 22% des ursprünglichen Palästina, nämlich auch Ost-Jerusalem, den wichtigsten Teil des Westjordanlands und die Golan-Höhen wegzunehmen und zu besiedeln sowie diesen Landraub mit Ummauerung der Reservate zu sichern, längerfristig wohl mit Annexion. **Israel will Land, nicht Frieden.** Zwischen Palästina und dem Jordan wäre dann ein 20 km breiter Streifen Israel. – Was es mit dem umzingelten **Gaza-Streifen** vorhat, ist unklar. Im Moment ist nur die Absicht klar: Aushungern, als Kollektivstrafe für das Wählen der Hamas – völkerrechtlich verboten.

Wenn Israel die Nakbah anerkennen und die globalen Lebensgesetze befolgen, also der UNO gehorchen würde, dann gäbe es den Nahost-Konflikt nicht, jedenfalls nicht in dieser brutalen Form. Die **Lösung** kann daher nur sein, die Aufteilung von Gebiet und Souveränität entlang diesen Gesetzen zu verwirklichen.

Teil 2: Den Staat Palästina JETZT ausrufen und gründen.

Den Palästinensern wird nun aber nichts geschenkt, insbesondere der eigene Staat nicht, weder von Israel noch vom Westen. Sie wurden über Jahrzehnte vertröstet und im Ergebnis über den Tisch gezogen und hängen gelassen. Besonders deutlich zeigt sich das jetzt: **Obama** verspricht zwar die Durchsetzung der "lange versprochenen Zwei-Staaten-Lösung" (Kairo 4.6.09), bekräftigt aber eisern die Bündnispartnerschaft mit Israel und duldet die Fortführung des Siedlungsbaus, statt dessen Rückgängigmachung zu fordern. Er ist nicht im Ernst gewillt, geltendes Völkerrecht durchzusetzen, und wird, was den Nahost-Konflikt betrifft, als grosser **Bluffer** in die Geschichte eingehen, ausgestattet mit dem Friedensnobelpreis.

Den Palästinensern, wenn sie ihre Würde wiedererlangen wollen, bleibt daher keine andere angemessene Antwort auf all das als **die einseitige Ausrufung/Gründung des Staates PALÄSTINA**. Das kann nur heissen: ein Staat in den

Grenzen vor 1967, also das ganze Westjordanland und der Gaza-Streifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt, die verbliebenen 22% also, wie das die Fatah im August 2009 bekräftigt hat. Das wird der erlösende Schritt sein aus dem Problem-Raum (Jammern über Israel und die ungerechte Welt) in den **Lösungs-Raum** ("Wir nehmen unser Schicksal in die eigenen Hände und verwirklichen, was uns zusteht").

Ein solches **EMPOWERMENT** ist einer 3. Intifada vorzuziehen, es macht die Palästinenser von Verlierern (Wehklagen) zu Gewinnern (Handeln).

Mit der Ein-Staaten-Lösung würden sie tödlich verstrickt bleiben mit Israel, sie würden abhängig bleiben von dessen Goodwill und damit würdelos. Sie müssten um jeden Flecken Land, jedes Wasser-Vorkommen und jede Strasse betteln. Die Ein-Staaten-Lösung ist der Weg der Resignation, der Weg der Verlierer.

Nur mit der **Zwei-Staaten-Lösung** kann die vor 60 Jahren verlorene Würde wiedererlangt und die Verstrickung der beiden Völker entflochten werden. Sie ist der Weg der Gewinner. Dann stehen die Siedler unter der palästinensischen Oberhoheit und werden von dieser abhängig, ein fairer Ausgleich für die letzten 40 Jahre, als es umgekehrt war. Die Palästinenser sind dann nur in **einer** Phase von der Hilfe der Internationalen Gemeinschaft abhängig, beim Gründen und Einrichten des neuen Staates – bei der Ein-Staaten-Lösung dagegen dauernd, während der endlosen Phase des Hoffens und Bettelns. Entscheidend ist aber, dass die Palästinenser bei der Ein-Staaten-Lösung dauernd und nur mit Israel verhandeln müssten, bei der Zwei-Staaten-Lösung jedoch **nicht mit Israel**, sondern zunächst nur mit der Internationalen Gemeinschaft (Ban Ki-Moon, Obama, Sarkozy, mit dem englischen Premier und Frau Merkel) und **erst später mit Israel**, aber dann mit gestärktem Rücken, als Gewinner. So können sie über einen allfälligen Sonderstatus gewisser Siedlungsblöcke verhandeln und im Gegenzug von Israel verlangen, 3/4 der Siedlungen zu räumen, welche auch nach israelischem Recht illegal sind. Dieses Land steht zur teilweisen Lösung des **Flüchtlingsproblems** zur Verfügung.

Die Zeiten für das Ausrufen und Gründen des Staates Palästina sind so günstig wie noch nie: Die ganze Welt ist ungehalten, dass dieser Konflikt schon über 60 Jahre andauert, und unzufrieden mit Israel – seit dem Gaza-Krieg und der frechen Siedlungspolitik sowieso. Also: **Jetzt oder nie !**

Die Zwei-Staaten-Lösung ist von vielen Staatsoberhäuptern x-mal beschworen worden und entspricht dem vom Völkerrecht vorgezeichneten Endzustand der Nahost-Region. Sie ist, was Palästina anbelangt, das Ende der westlichen Doppelmoral und trägt bei zum Ende von al-Kaïda und Osama bin-Laden, der diese andauernd geißelt. Die Zwei-Staaten-Lösung ist also auch ein Beitrag zur Sicherheit des Westens und Israels. Der Iran hat dann keinen Anlass mehr, vom "Krebsgeschwür Israel" zu sprechen und diesem zu drohen. – Die Hamas wird der Fatah auf diesem Weg nicht in den Rücken fallen, das wäre ihr Ende.

Für die Aufnahme in die UNO kann Palästina den Sicherheitsrat umgehen und direkt an die UNO-Generalversammlung gelangen. Der Aufnahme-Antrag wird locker die erforderliche 2/3-Mehrheit der anwesenden und abstimmenden Mit-

glieder erhalten (Art. 18/2 der Charta) – Enthaltungen zählen nicht, und ein Veto gibt es hier nicht.

Im Vorfeld dieser Debatte ist das weltweite Empowerment aller Solidaritäts-Bewegungen nötig, welche ihre Regierungen und die USA bestürmen werden, endlich Wort zu halten statt nur zu bluffen. Das erhöht den Druck auf die USA und die EU, ihren Widerstand aufzugeben.

Die Konfrontation mit Israel und namentlich seinen Siedlern wird viel heftiger ausfallen, wenn die Behörden Palästinas als ihren Sitz und als Ort, den eigenen Staat auszurufen, Ost-Jerusalem wählen, als wenn sie dies in Ramallah tun, wo jetzt ihr Sitz ist. Aber nur wenn sie dafür **Ost-Jerusalem** wählen, können sie ihren Anspruch auf Souveränität über diesen Stadtteil glaubhaft und wirksam bekräftigen und dadurch ihre Würde behaupten; ein provisorischer Amtssitz "im Exil", in Ramallah, wäre von Anfang an ein Gesichtsverlust, der nicht mehr gut zu machen wäre. Niemand würde ernst nehmen, dass die Zeiten der "ewigen und unteilbaren Hauptstadt Israels" (ohnein ein völkerrechtswidriger Anspruch) vorbei sind. Ohne Konfrontation wird es allerdings nicht gehen, es wird Opfer geben und Rückschläge. Aber die Palästinenser haben die Wahl, in Würde aufzuerstehen oder ohne Würde (mit ein paar Attentaten) unterzugehen.

Die EU hat Mio. von Euro in den Aufbau des **Sicherheitsapparats** der Autonomie-Gebiete investiert. Dieser steht bereit und kann genutzt werden zur Durchsetzung der staatlichen Autorität Palästinas ("effektive Hoheitsgewalt" im Sinne des Völkerrechts). Alles hängt davon ab, dass die Autonomie-Behörde **mit Rückgrat** auftritt. Der Sicherheitsapparat ist daher einzusetzen für den Schutz der palästinensischen Bevölkerung und der zurückkehrenden Flüchtlinge vor Übergriffen der Siedler und nicht mehr für den Schutz der Siedler vor palästinensischen "Delinquenten". Die israelischen Soldaten und Paramilitärs sind dann völkerrechtlich ganz klar in der Rolle des illegitimen Angreifers. Sollte sich Israel im Westjordanland und/oder in Ost-Jerusalem mit Waffengewalt gegen die Souveränitätsansprüche der palästinensischen Regierung wehren, dann würde es sich vor dem Völkerrecht als illegitime Macht **strafbar** machen. Palästina hat dann das Recht, UNO-Blauhelme anzufordern und Israel für die Unterstützung der Siedler-Milizen, der Vorhut von "illegalen und kriminellen Ausländern", verurteilen und mit Sanktionen belegen zu lassen – ein fairer Ausgleich für die letzten 40 Jahre.

Ein Staat Palästina als Nachbar des Staates Israel ist der bessere Garant für dessen **Sicherheit** als politische und militärische Aufrüstung – und spart diesem alljährlich Mia. von Dollar oder Euro.